

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 27/3 (2000)

DOI: 10.11588/fr.2000.3.61886

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

nicht gängige, aber überzeugende neue Bewertung dar, die überdies auch von anderen neueren Forschungen² gestützt wird.

Das internationale System des 20. Jhs. ist zunehmend dadurch gekennzeichnet, daß neben staatlichen Akteuren auch nichtstaatliche Akteure, »nongovernmental entities« oder »Nichtregierungsorganisationen« (NGOs) die internationalen Beziehungen erheblich beeinflussen. Die amerikanische Nachkriegspolitik in Westdeutschland griff v. a. im Rahmen der Demokratisierungsbemühungen auf nichtstaatliche Akteure als Transmissionsriemen zurück. Es entstand, wie Hermann-Josef Rupieper am Beispiel von Gewerkschaften, Austauschprogrammen und dem Konzept des »Bundes für Bürgerrechte« zeigt, »ein Netzwerk transnationaler Beziehungen, das komplementär zur offiziellen Besatzungspolitik wirkte« und langfristig dazu beitrug, die politische Kultur der Bundesrepublik zu verändern. Eine Analyse transnationaler Prozesse kann so letztlich Politik- und Sozialgeschichte verbinden.

Ein Fazit: Zahlreiche der hier versammelten Aufsätze und Essays zeigen, daß die aus der Politikwissenschaft und den systematischen Sozialwissenschaften kommenden Forschungsansätze zur Geschichte des internationalen Systems für die Geschichtswissenschaft ein wichtiges Untersuchungsinstrumentarium bereitstellen, welches neue Erkenntnisse ermöglicht – von der alteuropäischen Zeit bis ins 20. Jh. Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen verschiedenen Politikbereichen, zwischen internationaler Politik und gesellschaftlichem Wandel können dabei klar herausgearbeitet werden, wie z. B. Holger Th. GRÄF dies am Beispiel der Republik der Vereinigten Niederlande im 17. und 18. Jh. zeigt. Zudem bieten die Beiträge Bausteine einer Entwicklungs- und Strukturgeschichte des europäischen Staatensystems. Festzuhalten ist, daß eine umfassend verstandene internationale Geschichte eine überzeugende Perspektive dafür bietet, die Analyse internationaler Politik aus der thematischen Verengung der Diplomatiegeschichte (»one-clerk-said-to-another«) herauszuführen.

Stefan WUNSCH, Köln

Serge BERSTEIN, Pierre MILZA, *Histoire du XIX^e siècle*, Paris (Hatier) 1994, 503 S. (initial).

Die vorliegende Einführung liefert einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen des 19. Jhs., die allerdings gänzlich auf Literaturhinweise verzichtet. Länderübergreifende Längsschnitte durch die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung des Kontinents wechseln mit länderspezifischen Querschnitten. Dadurch entsteht ungeachtet mancher Redundanzen und einer nicht immer einleuchtenden Kapitelabfolge ein äußerst informatives Porträt der Zeit. Der erste Teil der Darstellung ist »Das revolutionäre Erbe und die Anfänge des industriellen Zeitalters« überschrieben und behandelt die Jahre 1815 bis 1850. Zunächst wird der Prozeß der politischen und territorialen Neuordnung Europas nach den Napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongreß im Zeichen der Restauration geschildert. Im Gegensatz zur stagnierenden, ja rückwärtsgewandten politischen Entwicklung wurde die wirtschaftliche Entwicklung Europas durch den Fortschritt der industriellen Revolution geprägt, die in den dreißiger Jahren des 19. Jhs. von Großbritannien ausgehend über Belgien und Frankreich den Kontinent erfaßte und schließlich auch auf die Länder des Deutschen Bundes übergriff.

2 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Vom Wiener Kongreß zur Pariser Konferenz. England, die deutsche Frage und das Mächtesystem 1815–1856*, Göttingen, Zürich 1991; DERS., *Großbritannien und die Transformation des europäischen Staatensystems 1850–1871*, im vorliegenden Band S. 153–170; Günther HEYDEMANN, *Konstitution gegen Revolution. Die britische Deutschland- und Italienpolitik 1815–1848*, Göttingen 1995.

Nicht zuletzt, bedingt durch die Industrialisierung, befand sich die Gesellschaft vor allem im Norden und Westen Europas im Umbruch, dessen prägnantester Ausdruck die Land-Stadt-Wanderung war. Hingegen blieben in Süd- und Osteuropa die alten Strukturen weitgehend bestehen. Sozialer Protest und entsprechende Unruhen waren verbreitet, steigerten sich aber nur selten zu Revolutionen. Auch die kulturellen Ausdrucksformen veränderten sich nur langsam: Indikatoren der Veränderung waren die sukzessive Verbreitung der Elementarschulbildung, die Zunahme der Printmedien und ein wachsendes Interesse an populärer Kultur. Beherrschender Gedanke der in Teilen Europas angebrochenen neuen Zeit war der liberale Glaube an das Individuum als dem entscheidenden Faktor des Fortschritts. Doch in dem Maße, wie sich der Liberalismus in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Zeit gegenüber dem Ancien Régime durchsetzte, erwuchs ihm im Sozialismus ein neuer Gegner, der den teilweise illiberalen Praktiken der neuen Oligarchien das Ideal einer gerechten und gleichen Gesellschaft gegenüberstellte.

Gesellschaftlicher Umbruch und politischer Kampf zwischen Liberalen und Konservativen ließen sich in keinem Land deutlicher studieren als im Frankreich der Restauration, dessen chaotisches politisches Leben in der ersten Hälfte des 19. Jhs. durch die permanente Auseinandersetzung von Revolutionären und Konterrevolutionären geprägt war. Daher galt es den konservativen Ostmächten, die auf die Wahrung der Wiener Nachkriegsordnung und eine Beibehaltung der traditionellen Sozialordnung achteten, als ein latenter Unruheherd in Europa. Großbritannien war hingegen nicht nur die ökonomisch und politisch beherrschende Macht des Kontinents, sondern auch geprägt durch ein relativ liberales politisches System, das bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten durch regelmäßige Reformschübe zumindest entschärfte und so Revolutionen vorbeute. Entsprechend blieb es 1848 auch verschont, als fast ganz Europa von einer Revolutionswelle erfaßt wurde: Dem raschen Sturz der Throne folgte indes schon bald ein konservativer Umschwung, in dessen Verlauf die gerade errungenen Verfassungen wieder überwiegend aufgehoben und der politische Status quo ante fast überall wiederhergestellt wurde – am deutlichsten abzulesen am Scheitern der Frankfurter Paulskirche.

Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jhs., welche die Autoren unter dem Titel »Der Triumph des Kapitalismus und der Nationalitäten« rubrizieren, setzte sich der bereits in den Jahrzehnten zuvor in Europa begonnene technische und wissenschaftliche Fortschritt rasant fort. Gleiches galt für das kapitalistische Wirtschaftssystem – trotz der großen Depression der Jahre 1873 bis 1895. Im Hinblick auf ihre weltwirtschaftliche Bedeutung gruppieren sich die europäischen Großmächte um: In den achtziger Jahren lösten die USA Großbritannien als die führende Industriemacht ab, und am Vorabend des Ersten Weltkriegs verloren die Briten auch ihren zweiten Platz noch an Deutschland. Dennoch blieb der Inselstaat weiterhin die größte Handelsmacht, vor Deutschland, den USA und Frankreich. Insgesamt setzte sich in Europa der gesellschaftliche Wandel der vergangenen Jahrzehnte fort. Er war vor allem geprägt durch das Anwachsen des Industrieproletariats und den weiteren Aufstieg einer neuen bürgerlichen Mittelschicht auf Kosten der traditionellen Notabeln. Nach 1850 wurden der politische und wirtschaftliche Liberalismus zunehmend zum vorherrschenden Ordnungsprinzip. Allerdings bereitete die folgende Erkenntnis, daß der Liberalismus vor allem bestimmte Eliten begünstigte, auch dem demokratischen Gedanken den Boden, dessen Hauptforderungen das allgemeine Wahlrecht und die Intervention des Staats in das Sozial- und Wirtschaftsleben wurden. Liberalismus und demokratischer Gedanke verbanden sich Ende des 19. Jhs. zur verbreiteten Form der liberalen Demokratie. Dem neuen demokratisch-kapitalistischen System erwachsen jedoch im Anarchismus und Marxismus schon bald unversöhnliche Gegner.

Auch mächtropolitisch veränderte sich das Europa der zweiten Jahrhunderthälfte tiefgreifend: Der Versuch Napoleons III. durch die Förderung des Nationalitätenprinzips in Europa, Frankreich aus den Fesseln der Wiener Nachkriegsordnung zu befreien, förderte

deren Zerstörung. Hingegen erfolgte die stärkste Veränderung des europäischen Mächtesystems im 19. Jh., die Gründung eines deutschen Nationalstaats, gerade gegen Frankreich, das im Deutsch-Französischen Krieg weiter geschwächt wurde und zum Erbfeind des neuen Deutschen Reichs avancierte. Dieses war zunächst auf die Wahrung seiner kontinentalen Machtposition bedacht. Seit dem Rücktritt von Reichskanzler Otto von Bismarck entwickelte Deutschland dann allerdings zunehmend »Weltmacht«-Ehrgeiz, der in einer Phase des Hochimperialismus auf die divergierenden Interessen der übrigen Großmächte stieß und Deutschland letztlich in den Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs immer mehr isolierte. Anerkennenswert ist, daß die Autoren trotz ihrer überwiegend europazentrierten Perspektive auch Seitenblicke auf die außereuropäische Entwicklung werfen: Zum einen werden dabei die USA berücksichtigt, deren Entwicklung im 19. Jh. die Westexpansion und der blutige Bürgerkrieg von Nord- und Südstaaten sowie die Beseitigung von dessen Folgen prägten. Zum anderen wird auch knapp die Entwicklung in China und Japan geschildert, Länder, welche die Europäer seit den vierziger Jahren zunehmend als Absatzmärkte entdeckten, deren Öffnung sie notfalls auch gewaltsam durchsetzten.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Astrid VON BUSEKIST, La Belgique. *Politique des langues et construction de l'État de 1780 à nos jours*, Louvain-la-Neuve (Duculot) 1998, XXIII–450 S.

Während in den »klassischen« Bundesstaaten wie in den USA und in der Schweiz, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 die Gliedstaaten vor dem Gesamtstaat da waren, verlief die Entwicklung in Belgien umgekehrt. Aus dem 1830 nach französischem Vorbild gegründeten dezentralisierten Einheitsstaat entstand in mehreren Phasen von 1970 bis 1993 ein »Föderalstaat«; aus der Sprachenfrage (*question linguistique* bzw. *taalkwestie*) wurden bezeichnenderweise gemeinschaftsbezogene Streitigkeiten (*contentieux communautaire* bzw. *gemeenschappelijke twistpunt*). Die Zeit nach 1970 wird allerdings nur cursorisch abgehandelt. Prägend bleibt bis heute die lange Vorgeschichte der Sprachenfrage und Sprachenpolitik, die die Autorin bis ins 18. Jh. zurückverfolgt. Sie beschreibt weiter den Weg zur belgischen Staatsnation von 1830 mit Französisch als einziger Amtssprache. Es folgen die zunächst sektorale Zulassung des Flämischen bzw. Niederländischen, sodann die Regionalisierung des Sprachgebrauchs und schließlich als Konsequenz die Schaffung von drei Gemeinschaften und drei Regionen, die sich vom Gebrauch der Sprachen her definieren.

Erreichtes Ziel dieser Arbeit ist es, die Mechanismen sichtbar zu machen, mit denen die jeweilige politische Klasse sich den vorgegebenen nationalen Raum aneignete, dies sowohl auf der Ebene des Gesamtstaates als auch in seinen Sprachgebieten. Die Folge des hier analysierten, über ein Jahrhundert dauernden Prozesses war, daß sich zwischen der unitarischen Verfassung von 1830 und der Föderalverfassung von 1993 das Statut der Sprachen in Belgien radikal verändert hat. Der Verfassungstext von 1993 setzt an die Stelle der individuellen Freiheit des Sprachgebrauchs eine kollektive Verpflichtung. Damit trägt die neue Verfassung den sprachlichen und nationalistischen Forderungen Rechnung, die zuerst die flämische Bewegung in Opposition zum frankophonen Zentralstaat brachten und dann in eine Konfrontation zwischen den flämischen und wallonischen Sammlungsbewegungen mündeten.

In erklärter Abgrenzung zu deterministischen Sichtweisen und in Auseinandersetzung mit den Thesen von Historikern und Soziologen wird der Wandel Belgiens von der »construction de l'État« (v. Busekist) zur »déconstruction de l'État-nation« (Jean Stengers) nachvollzogen. Die Sprachenfrage drang zunehmend in die Sozialisationszentren – in Schule, Justiz, Armee, Kirche, Parteien und Verbände – ein, und zwar mit der Folge, daß diese